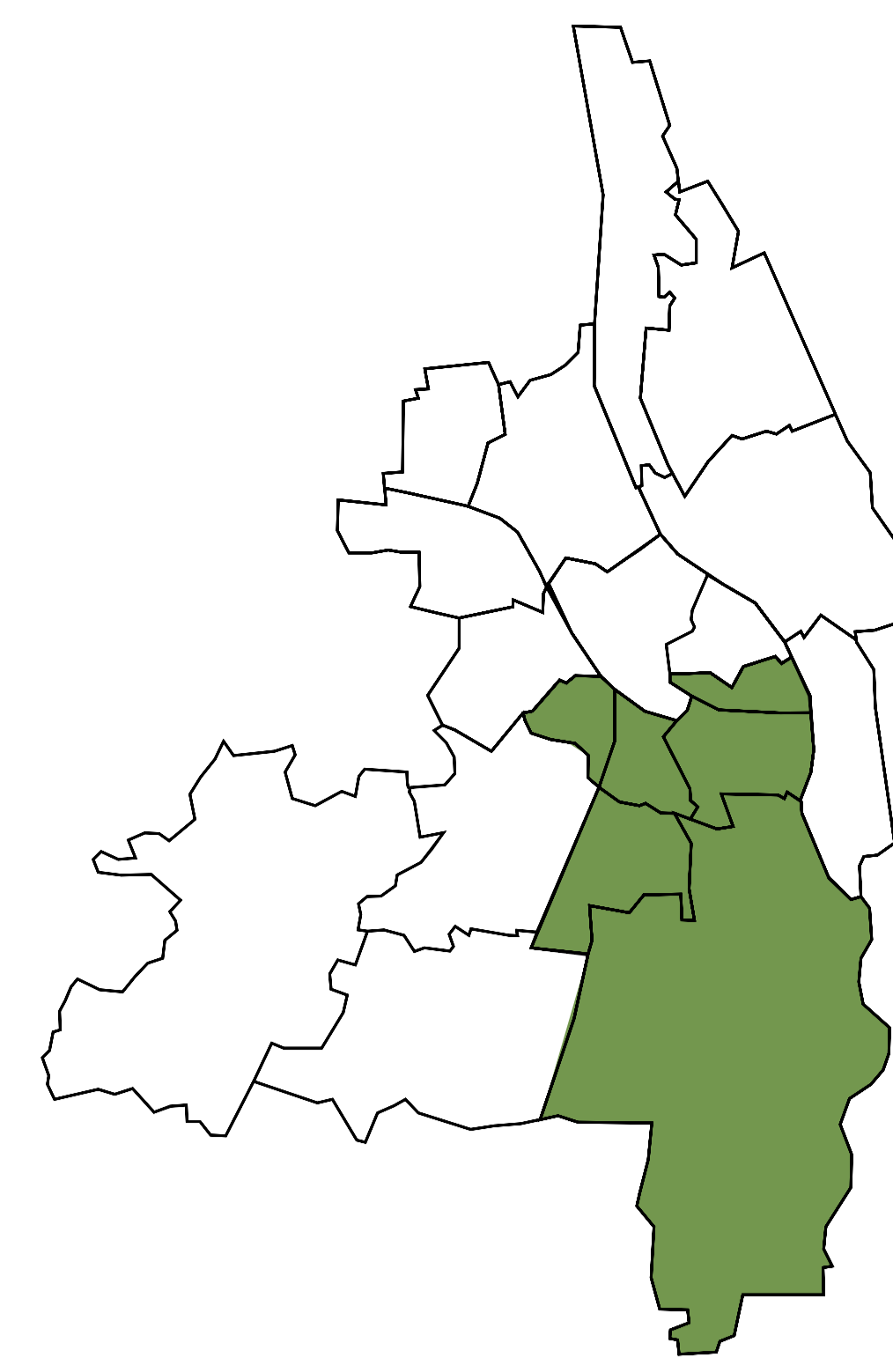


# Fünf Kommunen – eine Stadt.

## Die Eingemeindung von Haunstetten



### Die Frühzeit Haunstettens – das „Ulrikanische Dorf“



Das Dorf Haunstetten. Ausschnitt aus einer Flur- und Grenzkarte des Siebentischwaldes, 1579

Haunstetten als heute flächenmäßig größter und bevölkerungsreichster Stadtteil entwickelte sich bereits seit dem 3. Jahrtausend v. Chr. im waldreichen Süden Augsburgs auf einer Niederterrasse zwischen den Flüssen Lech, Singold und Wertach. An der bedeutenden Militär- und Handelsstraße nach Oberitalien, der Via Claudia Augusta gelegen, entstanden im Früh- und Hochmittelalter neben einem Meierhof mehrere landwirtschaftliche Betriebseinheiten. Seit dem Beginn des 11. Jahrhunderts unterstand das sich entwickelnde Dorf der Ortschaft des Reichsstifts St. Ulrich und Afra in Augsburg, dem 1177/82 auch die Vogteirechte übertragen wurden. Rund 50 – 70 Anwesen, darunter verschiedene Handwerke und Gerechtsame (Tafelwirtschhaus, Badstube, Mühle), zählten in der frühen Neuzeit zu Grundbesitz und Niedergericht des Klosters, das einen eigenen Amtssitz (später sog. „Schloß“) in Haunstetten errichtete. 1643 erwarb das Kloster – mit Ausnahme des Hochgerichts – auch die Territorialrechte des Augsburgener Bischofs über Haunstetten, der dort als Reichsfürst im Bereich der sog. „Straßvogtei“ die Herrschaft ausübte.



Haunstetten mit der Pfarrkirche St. Georg und dem Verwaltungsgebäude des Klosters St. Ulrich und Afra (sog. „Haunstetter Schloss“) um die Mitte des 17. Jahrhunderts

Landwirtschaft und Gewerbe prägten bis ins 19. Jahrhundert den Ort, wobei auch der Fernhandel eine wichtige Rolle einnahm. Das „Rottfuhrwesen“ auf der Reichsstraße und dem Lechfluß mit einer eigenen Niederlassung in Haunstetten war ein wichtiger Erwerbszweig. Der Lech bildete aber nicht nur einen schiffbaren Handelsweg, sondern auch die nasse Grenze zum bayerischen Territorium im Osten. Dessen veränderlicher Flußlauf, der sich sukzessive Richtung Friedberg und Mering verschob, barg seit dem 14. Jahrhundert dauerhaft Konfliktpotential. Streitigkeiten über Grenzverläufe und Besitzansprüche der bayerischen Fürsten auf die neu entstandene „Meringer Au“ kennzeichneten bis zum Ende des Alten Reichs das Verhältnis der beiden Nachbarn. Sie fanden erst mit der Säkularisation des Reichsstifts St. Ulrich und Afra (1802/03) und der damit verbundenen Eingliederung Haunstettens in den bayerischen Staat ein Ende.

### Industrialisierung und Moderne

Die Aufhebung der Eigenständigkeit führte zunächst zu merklichen Veränderungen und Einbußen in der Orts- und Verwaltungsstruktur. Haunstetten verlor seine Funktion als Amtssitz zugunsten eines neuen, bayerischen Landgerichtssprengels mit Sitz in Göggingen. Die ehemaligen Amtsgebäude wurden nach und nach verkauft oder, wie das Pflögamt selbst, abgebrochen. Gleichzeitig entstanden zu Beginn des 19. Jahrhunderts jedoch erste Ansätze einer wirtschaftlichen Neuorientierung. Die früheste Textilindustrieanlage der Firma Martini, gegründet 1832 noch vor der späteren Augsburgener Niederlassung, ging aus einer 1811 errichteten Weißbleiche hervor. Auf dem Grund einer ehemaligen Papiermühle (1731 errichtet, 1822 abgebrannt) entstand 1856/89 eine Baumwollspinnerei und



Gebäudekomplex der Firma Martini & Co., errichtet auf dem Areal der ehemaligen Weißbleiche. Luftbild, 1933



Spinnerei & Weberei in Haunstetten, Postkarte, um 1900

Weberei, die als „Haunstetter Textil GmbH“ bis 1982 einen für den Ort wichtigen Betrieb darstellte. Entscheidende wirtschaftliche Impulse lieferte schließlich die Ansiedlung der Messerschmitt AG (heute Premium Aerotec), die als Nachfolger der „Rumpler-Werke“ (1916) und der „Bayerischen Flugzeugwerke“ (BFW) neue Wege der Flugzeugentwicklung und der Luft- und Raumfahrt nach Haunstetten brachte. Bis heute ist dieser Baukomplex an der Haunstetterstraße prägend für die Ortsbegrenzung nach Osten.



Einbau der Gleise am Georg-Käse-Platz für die neue Straßenbahn, 1927



Sonderbericht der Haunstetter Zeitung zur Eröffnung des Straßenbahnbetriebs Augsburg-Haunstetten, 29.10.1927



Vertreter der Stadt Augsburg und der Gemeinde Haunstetten bei der feierlichen Eröffnung der Straßenbahnlinie 4 nach Haunstetten, 28.10.1927.

Das beginnende 20. Jahrhundert und seine zahlreichen technischen Entwicklungen brachte in der Folge nicht nur einen Aufschwung in der kommunalen Entwicklung, sondern ließ Haunstetten und Augsburg auch näher aneinanderrücken. Die Anbindung an das Netz der „Augsburger Localbahn“ vereinfachte ab 1900 nicht nur den Güterverkehr, sondern auch die Personenbeförderung. 1927 trat die neue Straßenbahnlinie 4 an deren Stelle, die bis zur Errichtung einer Buslinie 1954 noch über die Bürgermeister-Widmeier-Straße bis zur Ortsmitte/Georg-Käse-Platz führte. 1928 gewährleistete der Anschluss an das Augsburgere Leitungsnetz die Versorgung Haunstettens mit Trink- und Brauchwasser. Außergewöhnlich für seine Zeit war die Einrichtung eines eigenen gemeindlichen Krankenhauses, das durch eine wohlthätige Stiftung im sog. Jäger- oder „Bayerhäusl“ 1900 in Betrieb gehen konnte und bis zur Errichtung der städtischen „Klinikums Augsburg Süd“ im Jahr 1968 seine Funktion erfüllte. Dem stetigen Bevölkerungszuwachs begegnete man 1904 mit der Errichtung eines neuen Schulhauses (Eichendorffschule), das die verschiedenen älteren Bildungseinrichtungen ablöste.

### Vom Dorf zur Stadt

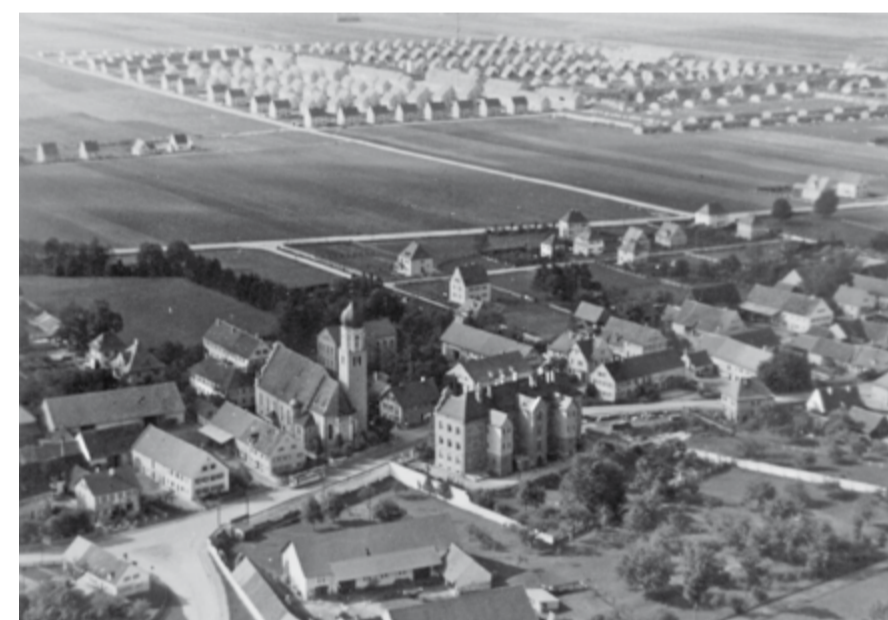
Die kontinuierliche bauliche Entwicklung, die sich auch durch die Kriegs- und Inflationsjahre nicht aufhalten ließ, brachte in der Folge auch eine sukzessive flächenmäßige Erweiterung Haunstettens. Die Messerschmitt-Siedlung zwischen der Postillionstraße und der alten B 17, ein Projekt zur Schaffung von Wohnraum für die Werksmitarbeiter, bildete hier die erste Großplanung in den 1930/40er Jahren. Nach dem 2. Weltkrieg, in dem der Ort sowie das dortige KZ-Außenlager wegen der nahegelegenen Rüstungswerke mehrfach bombardiert und teils zerstört wurden, stand der Wiederaufbau und die Wohnraumbeschaffung lange Zeit im Wirtschaftsleben der Gemeinde an erster Stelle. Um den Ortskern legte sich seit den 1950/60er Jahren ein Gürtel neuer Siedlungen mit zugehöriger Infrastruktur. Zahlreiche Wohngebiete mit Reihenhausbebauung und Mehrfamilienhäusern boten dem Bevölkerungszuwachs, darunter auch den 2.200 Heimatvertriebenen, eine neue Perspektive.

### Eingemeindungsbestrebungen und Stadterhebung 1952

Bis zur Gebietsreform 1972 wurde auch Haunstetten in seiner erreichten Selbstverwaltung immer wieder von Eingemeindungsbestrebungen



Modell von Haunstetten, 1932. Auf dem freien Areal zwischen heutiger Landsberger- und Hofackerstraße entstand in den 1930er Jahren die Messerschmitt-Siedlung für die Arbeiterschaft des Werksbetriebs



Das Dorf Haunstetten, im Hintergrund (Westen) die Messerschmitt-Siedlung. Luftaufnahme 1938

unten: Wohnungsbau in der Inninger Straße, 1952



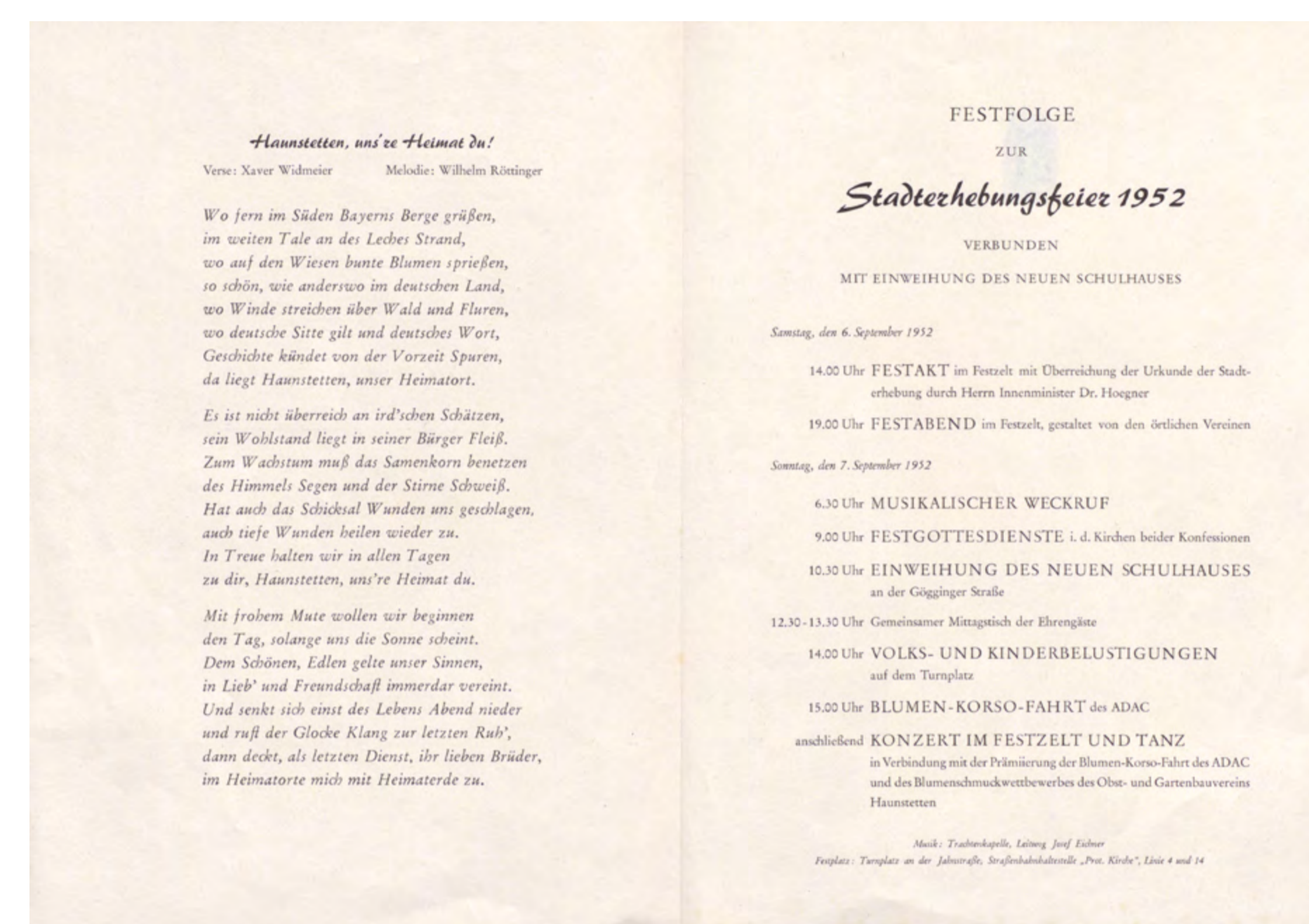
der Stadt Augsburg berührt. Nach ersten Überlegungen (1897, 1906) bot die Eingemeindungsfrage nach den frühen Zusammenschlüssen Augsburgs mit anderen Vororten besonders seit 1912 Anlass für lebhaftes Diskussionen in der Haunstetter Gemeinde. Eine erste „Fühlungsnahme“ des Augsburger (Ober-)Bürgermeisters Kaspar Deutschenbaur mit dem Haunstetter Bürgermeister Xaver Widmeier in dieser Sache stieß 1922 jedoch bei Bevölkerung wie im Gemeindeausschuss auf Ablehnung. Trotz diverser verkehrs- und versorgungswirtschaftlicher Verbindungen der beiden Städte sah man die Zeit für eine Eingemeindung noch nicht gekommen.

Ab 1935 zeichnete sich eine Wende in dieser Frage ab. Augsburgs Bürgermeister Josef Mayr forcierte einen derartigen Schritt durch ein Gutachten (30.01.1935) und eine Denkschrift (Mai 1938), die die Eingliederung Haunstettens zusammen mit neun anderen Vororten als zweckmäßig erachteten, da die Orte in baulicher, wirtschaftlicher und versorgungstechnischer Beziehung stark zusammengewachsen waren. Die am südlichen Stadtrand Augsburgs gelegenen Fabrikanlagen, Flugzeugwerke sowie die 1928 neu errichtete Karl-Wahl-Siedlung boten hierbei Argumente für die Arrondierung des Stadtgebiets. Trotz Unterstützung durch die Regierung von Schwaben und Neuburg scheiterte das Vorhaben am negativen Bescheid des Reichsinnenministeriums, das den ursprünglich für den 01.10.1939 avisierten Eingliederungstermin ablehnte. Als Grund kam der nationalsozialistische Gedanke des Schutzes „vor unnötiger Verstärkung des ländlichen und gemischtwirtschaftlichen Randgebietes der Städte“ zum Tragen. Auch die ablehnende Haltung des Gauleiters und Regierungspräsidenten Karl Wahl, der den Zeitpunkt hierfür als verfrüht einschätzte, trug seinen Teil dazu bei. Der Kriegsbeginn am 1.9.1939 setzte weiteren Überlegungen vorerst ein Ende. Die Nachkriegszeit brachte in dieser Angelegenheit neue Impulse. Einstimmig beschloss am 17.09.1947 der Augsburger Stadtrat den Vollzug der Eingemeindung jener Vororte, bei denen die Umsetzung 1939 unterblieben war. Haunstetten, das in den harten Jahren bis zur Währungsreform mit der Beseitigung von Kriegsschäden, Wohnraumbeschaffung und der Aufnahme von Heimatvertriebenen stark gefordert war, kam den Aufforderungen nicht nach. Weder Bürgermeister Josef Schorer von Haunstetten noch sein Gögginger Kollege samt Gemeinderat folgten der Einladung Augsburgs zur Erörterung dieses Themas, das auch seitens der staatlichen Regierung als nicht zeitgemäß beurteilt wurde.

Stattdessen nahm die kommunale Entwicklung Haunstettens ab 1951 eine andere Richtung. Auf Antrag der Fraktion „Parteilos“ unter dem späteren Bürgermeister Karl Rieger und nachfolgender Beratungen und Bürgerversammlungen stellte der Gemeinderat den Antrag auf eine Markt- bzw. Stadterhebung Haunstettens (Anträge vom 20.02. und 29.10.1951). Eine von Bürgermeister Xaver Widmeier vorgelegte Dokumentation stellte das ungewöhnlich rasche Wachstum der Gemeinde unter Beweis. Nach positiver Bewertung durch die Beauftragten



der Kommunalabteilung des Innenministeriums konnte die Verleihung der Bezeichnung „Stadt“, eines Wappens und einer Gemeindefahne bereits am 06.09.1952 in Anwesenheit von Innenminister Dr. Wilhelm Hoegner vollzogen werden.



oben und unten: Städtebauliche Leistungen im Bereich der Bildung, Kranken- und Altersfürsorge oder der Naherholung – beispielhaft hierfür die Inbetriebnahme des städtischen Krankenhauses (25.4.1968), der Fröbel-Schule (6.9.1952) und des Naturfreibads (3.7.1960)



Die markante politische Entwicklung war nachvollziehbar und erfolgte nicht unbegründet. In den Nachkriegsjahren war die Einwohnerzahl von ca. 5.000 (1939) auf ca. 10.000 (1952) angewachsen. Die Ansiedelung von Wirtschaftsbetrieben und die Schaffung von Wohnraum lieferten dabei den entscheidenden Motor zur Entwicklung eines aufstrebenden, modernen Gemeinwesens. Dies spiegelte sich auch in der Fülle von Bauprojekten an öffentlichen und gemeinnützigen Einrichtungen wider, die die junge Stadt Haunstetten noch bis zur Eingemeindung auf den Weg brachte. Die Einweihung und Erweiterung der Fröbel-Schule (1952/68) und Pestalozzi-Schule (heute Albert-Einstein-Schule, 1958/70), der Pfarrkirche St. Albert (1954) und der Expositur St. Pius (1961), der Bezug des neuen Rathauses (1955), die Fertigstellung des städtischen Altenheims (1964), des Krankenhauses, Bauhofs und Sportstadions (1968/69) sowie des Naturfreibads (1960) und Kunsteisstadions (1970/71) sind unter anderem als Bilanz fortschrittlicher und erfolgreicher Kommunalpolitik zu werten.

### Haunstetten wird Augsburg

Haunstettens Eingemeindung im Zuge der Kreisgebietsreform 1972 entsprach in dieser Situation weder dem erreichten kommunalen Status noch dem ursprünglichen Willen der fachlich und politisch-administrativ Verantwortlichen. Der bisherige Weg lag in Unabhängigkeit von Vorort-Gemeinden und Vorstädten, die die mit dem Wiederaufbau beschäftigten Großstädte entlasten sollten. Noch bis Ende der 1960er Jahre folgten die weiteren Stadterhebungen im Umkreis Augsburgs diesem eindeutigen Trend.

Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Dr. Alfons Goppel und des Augsburger Landrats Dr. Fritz Wiesental zu den anstehenden Reformen trafen Anfang Januar 1971 daher auf absolutes Unverständnis bei der Haunstetter Bevölkerung. Energische Versuche, durch verschiedene Aktionen den Verlust der Selbstständigkeit und



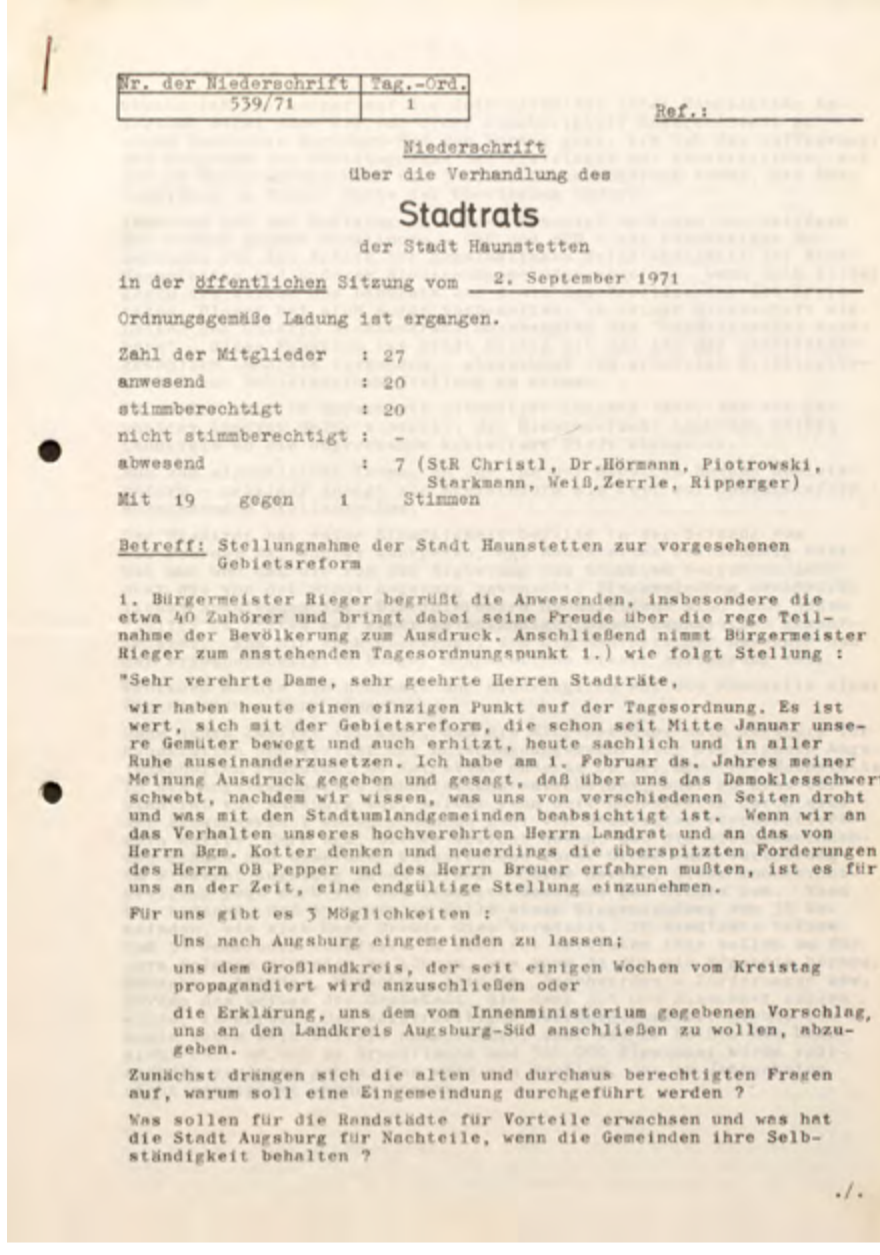
Festveranstaltung zur Stadterhebung Haunstettens am 6. September 1952. Neben der Überreichung der Stadternennungsurkunde durch Innenminister Dr. Wilhelm Hoegner an Bürgermeister Xaver Widmeier gehörte auch das neue Stadtwappen und die Amtskette zu den Hoheitszeichen der neuen kommunalen Selbstverwaltung Haunstettens



Eine Luftaufnahme des Jahres 1972 führt das Größenwachstum der Stadt Haunstetten in den Nachkriegsjahren deutlich vor Augen



Protestaktionen der Haunstetter Bürger gegen den Verlust der Selbständigkeit manifestierten sich in den Jahren 1971/72 auf unterschiedliche Weise



Stadtratsbeschluss zur Variante "Landkreis Augsburg Süd", 2.9.1971

die hierdurch befürchteten Nachteile (fehlende Bürgernähe bei Verwaltungsentscheidungen, Rückschritte im Ausbau der Infrastruktur und Daseinsvorsorge) zu verhindern, waren die unmittelbare Folge. Neben der Bildung einer Planungsgemeinschaft als Fachgremium aller betroffenen Gemeinden initiierten Stadtspitze und Bürger Haunstettens umfangreiche Protestaktionen vor Ort, um ihrer Ablehnung Ausdruck zu verleihen. Dazu zählten neben der Gründung der „Bürgeraktion Haunstetten“ u. a. auch Plakat- und Flugblattaktionen, Bürgerversammlungen und -befragungen, Briefabstimmungen und Rundschreiben des Haunstetter Bürgermeisters an die dortigen Haushalte. Auch auf überregionaler Ebene wurde man aktiv, z. B. durch Teilnahme an Großkundgebungen des Gemeindetages / Kreisverbands Augsburg-Land, durch Eingaben an den Bayerischen Landtag und eine Normenkontrollklage vor dem Verwaltungsgerichtshof.

Bei der Debatte im Haunstetter Stadtrat über die verschiedenen Eingemeindungsvarianten – Anschluss an die Stadt Augsburg, an den vom Kreistag progagierten Großlandkreis („Pepper-Plan“) oder einen von der Staatsregierung vorgeschlagenen Landkreis Augsburg-Süd – befürwortete der Stadtrat am 2.9.1971 mit 19:1 Stimmen die letztere Variante als das „von allen Möglichkeiten der Gebietsreform kleinste Übel“.

Ein neuer Vorschlag im Zuge des 2. Anhörungsverfahrens zur Gebietsreform stellte die Schaffung eines Landkreises Augsburg-West – gebildet aus den Landkreisen Augsburg, Schwabmünchen und Teilen des Landkreises Wertingen – zur Diskussion, wobei Haunstetten, Göggingen, Inningen und Bergheim nach Augsburg eingemeindet werden sollten. Anders als kurz zuvor konstatierte der Stadtrat nun nach Durchführung einer Bürgerbefragung die Tendenz der Zugehörigkeit Haunstettens zum Landkreis Augsburg-West (67,3 %), während nur mehr 32,7 % die Variante Augsburg-Süd präferierten. Der Stadtrat erteilte in dieser Situation beiden Möglichkeiten seine Zustimmung.

Zeitgleich zu einer Anfechtungsklage vor dem Verwaltungsgericht Augsburg gegen die von der Bayerischen Staatsregierung erlassene Verordnung zur Neugliederung Bayerns in Landkreise und kreisfreie Städte (27.12.1971) diskutierte der Haunstetter Stadtrat bereits einen ersten eigenen Vertragsentwurf. Dieser sollte die Interessen Haunstettens für den Fall einer Eingliederung nach Augsburg in Zukunft absichern. Die ursprüngliche Ablehnung einer Eingemeindung war mittlerweile der Erkenntnis gewichen, dass Haunstetten aufgrund städtebaulicher, infrastruktureller, verkehrsmäßiger und sozio-ökonomischer Gründe mit Augsburg einen einheitlichen Lebensraum bildete. Somit stellte ein Anschluss an die Großstadt letztlich die beste politische Lösung unter den Vorschlägen dar.

Der „Eingliederungsvertrag“, am 7. 6. 1972 vom Augsburger Oberbürgermeister Pepper und vom 1. Bürgermeister Haunstettens Rieger unterzeichnet, zeigte Augsburg allerdings als den stärkeren der Verhandlungspartner. Von den

Vertragsunterzeichnung der Eingemeindung Haunstettens nach Augsburg – Oberbürgermeister Wolfgang Pepper (1910 – 1997; rechts) und Karl Rieger (1903 – 1983; links) beim Vertragsabschluss, 7.6.1972 (Foto F. Schöllhorn)

18 Einwendungen Haunstettens waren nur fünf in den Vertragsabschluss eingeflossen. In seiner letzten eigenständigen Stadtratssitzung stellte Bürgermeister Rieger am 26.6.1972 noch einmal die Leistungen der Stadt Haunstetten in den vergangenen 20 Jahren heraus.



Dazu zählten Maßnahmen zur Linderung der außerordentlichen Wohnungsnot (v.a. bedingt durch große Zuwanderung der Heimatvertriebenen) durch die Bereitstellung von Baugrund für den sozialen Wohnungsbau, die Schaffung von gemeinnützigen Einrichtungen, der Ausbau des Straßen- und Versorgungsnetzes (u. a. Anschluß an die Kanalisation, Trinkwasser- und Stromversorgung Augsburgs) und die Ansiedlung großer und mittlerer Industriebetriebe zur Förderung von Arbeitsplätzen.

Unabhängig von der Form der Selbständigkeit oder Zugehörigkeit zu Augsburg setzte sich der positive Trend, mit dem sich Haunstetten weiterentwickelt hat, auch in den Folgejahren fort. 50 Jahre nach der Eingemeindung ist Haunstetten heute ein attraktiver Stadtteil Augsburgs mit einem ausgeprägten Eigenleben geworden. Die Errichtung eines neuen Stadtquartiers im dortigen Südwesten mit neuem Wohnraum für 10.000 Menschen soll dieser Aufwärtsentwicklung heute weiter Vorschub leisten.